Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin: Prof. Dr. Ellen Bos

Thesenblatt zur Dissertation von

Beáta Márkus

Deportation deutschstämmiger Zivilisten aus Ungarn in die Sowjetunion 1944/1945

Betreuer:

Prof. Dr. Gerhard Seewann
Prof. Dr. Dieter A. Binder

Mitglieder der Disputationskommission

Vorsitzender: Prof. Dr. Ellen Bos (Andrássy Universität Budapest)
Gutachter: Dr. Attila Pók (Ungarische Akademie der Wissenschaften)
Gutachter: Dr. habil Zsolt Vitári (Universität Pécs)
Mitglied: Dr. Ralf Thomas Göllner (Universität Regensburg)
Mitglied: Dr. Péter Somlai
Ersatzmitglied: Dr. Ursula Mindler (Andrássy Universität Budapest)
Ersatzmitglied: Dr. Orsolya Lénárt (Andrássy Universität Budapest)

Eingereicht: Januar 2019

Thema und Fragestellung

Am 16. Dezember 1944 verordnete das sowjetische Staatliche Verteidigungskomitee mit dem Beschluss Nummer 7161,[1] dass die arbeitsfähigen, deutschstämmigen Zivilbevölkerung aus Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei zur Arbeit in die Sowjetunion „mobilisiert und interniert" werden soll. Der Beschluss bezog sich auf Frauen zwischen 18 und 30 Jahren und auf Männer zwischen 17 und 45 Jahren. Die Durchführung begann bereits im Dezember 1944 und wurde im Februar 1945 abgeschlossen. Laut des damaligen sowjetischen Berichtes betrug die Anzahl der Deportierten insgesamt 112.480 Personen, davon wurden 31.923 Menschen aus Ungarn deportiert.
Die vorliegende Arbeit untersucht diesen Vorgang auf dem Territorium Ungarns.
Dabei wurden zwei wesentliche Ziele gesetzt. Eines ist die sehr detaillierte Untersuchung der Vorgänge unter der gegebenen Quellenlage, also die Beantwortung von Fragen, wo, wie und wann deportiert wurde, wie viele Personen betroffen und welche Akteure an der Durchführung beteiligt waren und mit welcher Methode und Begründung die Zivilisten aus den verschiedenen Gemeinden und Regionen ausgewählt wurden. Als zweites Ziel wird in dieser Arbeit eine vergleichende Analyse innerhalb Ungarns durchgeführt. Während der Erforschung und der Erschließung der Quellen wurde bereits offensichtlich, dass regional enorme Unterschiede bei der Durchsetzung des Deportationsbefehls festzustellen sind. Deshalb geht meine Arbeit der Frage nach, was der Grund der Differenzen in den Regionen Békés-Csanád, Nordostungarn, Bács-Kiskun, Schwäbische Türkei und Budapest und Umgebung war. Dafür untersuche ich die Faktoren, die zu diesen Differenzen führten. Anhand dieser versuche ich die Deportationen in den einzelnen Regionen zu rekonstruieren.
Die Dissertation kann als Grundlagenforschung eingeordnet werden, die hoffentlich weitere Untersuchungen im Bereich anregen kann.

Stand der Forschung

Die Deportation in die Sowjetunion war bis in die 1990er Jahre ein Tabuthema in Ungarn, worüber nur Emigranten und die vertriebenen „Ungarndeutschen" im Ausland berichteten. Die politische Wende nach 1989 eröffnete auch in der Forschung ein neues Kapitel. In den

[1] POLJAN, Pavel: Internierung der Deutschen in Südosteuropa. In: EIMERMACHER, Karl - VOLPERT, Astrid (Hg.): Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Fink Verlag, München, 2005, 1343–1360, hier 1359.

1990er Jahren erschien eine Reihe von Memoiren, Interviews mit Überlebenden und Ortschroniken zum Thema, jedoch blieb eine detaillierte, wissenschaftliche Aufarbeitung der Deportation ein Desiderat der ungarischen Geschichtsschreibung. Zur selben Zeit wurden im deutsch- und englischsprachigen Raum hochwertige Ergebnisse publiziert, unter anderem tiefergehende Erschließungen anderer Regionen (Sathmar, Siebenbürgen) und des sowjetischen Hintergrunds der Deportationen anhand von Quellen aus russischen Archiven. Diese Ergebnisse fanden allerdings keinen großen Anklang in Ungarn, obwohl die Deportation ohne den internationalen Kontext, die sowjetische Motivation und die Parallelen zu den Nachbarländern kaum nachvollziehbar ist.

Die vorherrschende Tendenz in Ungarn ist bis heute, die Deportation durch die Rote Armee als Vergeltung und Rache darzustellen, die die Zivilisten wegen ihres „Ungarntums“ betraf. Diese Annäherungsweise hat zur Folge, dass der Deportationsvorgang eingeschränkt auf das Karpatenbecken untersucht wird. Zugleich werden Kategorien wie Nationalität, Muttersprache und Abstammung, ferner die Frage, ob es sich um Zivilisten oder Kriegsgefangenen handelte, und ob diese wegen ethnischer, rassischer, militärischer oder politischer Gründe deportiert/verschleppt wurden, in den Hintergrund gerückt. So ist die Deportation der Zivilbevölkerung deutscher Abstammung kein Gegenstand separater Forschungen, sondern ein Teil des ungarischen Opfernarrativs und der politisch motivierten Aufklärung der Verbrechen des Kommunismus. Diese Annäherungsweise versäumt die Möglichkeit, die Ereigniskette der Deportation deutschstämmiger Zivilisten detailliert aufzuarbeiten und die Rolle der ungarischen Behörden und anderer Akteuren während und nach der Vollstreckung des Deportationsbefehls beleuchten zu können.

Quellen und Methoden

Im Rahmen der Forschung war das Ziel, alle zur Verfügung stehenden Quellen aufzuspüren und einzubeziehen. Die wichtigste Grundlage der Dissertation bilden die zumeist unerschlossenen, lokalen und regionalen Archivquellen. Darunter sind in erster Linie die Materialien der damaligen ungarischen Verwaltungsbehörden zu verstehen, die in den Beständen der ungarischen Komitatsarchive zu finden sind. Ferner wurden kirchliche Quellen, der Bestand des Lastenausgleichsarchivs Bayreuth, Ortsmonografien, Heimatbücher und Egodokumente, in erster Linie Oral History Interviews ausgewertet.

Die Arbeit basiert wesentlich darauf, Primärquellen ausfindig zu machen und diese zu erschließen sowie auf der Komparation der Quellen untereinander und dem Vergleich mit

anderen Quellensorten. Eine sehr wesentliche Rolle wurde dabei der Quellenkritik und der Dekonstruktion bereits bekannter Interviewtexte und Unterlagen beigemessen.

Mithilfe der Archivquellen sowie der Interview- und Fachliteratur wurden die fünf oben genannten Deportationsregionen herausgearbeitet. In diesen Regionen wurde anhand der Ergebnisse der letzten Volkszählungen die ethnische Struktur des Gebiets unter die Lupe genommen. In den Regionen, die von deutscher Bevölkerung bewohnt waren, wurde ergänzend die Intensität der ethnischen Mobilisierung durch die deutschen Bewegungen und Organisationen in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs untersucht, die nach meiner Hypothese wesentliche Folgen bei der Auswahl der Deportierten haben konnten. Ferner wurden die Kampfhandlungen in den einzelnen Regionen daraufhin untersucht, inwiefern sie eine Auswirkung auf die Deportation deutschstämmiger Zivilisten hatten. Dabei wurden die zeitlichen und geographischen Bedingungen festgehalten.

Anhand der auf diese Weise rekonstruierten regionalen „Fallbeispiele“ kann festgestellt werden, was in Bezug auf die Deportation als allgemein und was als lokale Besonderheit gelten kann. Sie werfen außerdem die Frage auf, worin die regionalen Unterschiede begründet liegen.

Aufbau der Arbeit

In der Einleitung werden allgemeine Fragen zur Dissertation – so das Thema, die Fragestellung, die benutzte Quellen, Methoden und Terminologie und der Stand der Forschung – näher beleuchtet. Darauffolgend wurde ein Kapitel dem Kontext und der Vorgeschichte gewidmet, in dem die Geschichte der zwei Zwangsarbeitslager-Systeme der Sowjetunion (GULag und GUPVI), die Verhandlungen der alliierter Siegermächte über die Wiedergutmachung und die sowjetische Planungen zur Inanspruchnahme „deutscher Arbeitskräfte“ thematisiert wurden. Ebenso wurden in diesem Kapitel zwei Abschnitte für die Vorstellung der sowjetischen Deportierungsaktionen im Karpatenbecken untergebracht: einerseits die Deportation wegen deutscher Abstammung, die das Generalthema der Dissertation ist, andererseits die Verschleppungen der männlichen Bevölkerung, die bis heute eine Forschungslücke darstellt.

Im dritten Kapitel wurden die Aspekte der darauffolgenden Untersuchung näher herausgearbeitet: die geographische Lage der deutschen Siedlungsgebiete und der Deportationsregionen in Ungarn, die Militäroperationen und der Frontverlauf, die ethnische Konflikte der Zwischenkriegszeit und die Art, wie die Kategorie der „deutschen

Abstammung“ des Beschlusses Nr. 7161. in Ungarn von den verschiedenen Akteuren interpretiert wurde. Diese Aspekte wurden in den nächsten fünf Kapiteln über die einzelnen Regionen erneut analysiert, damit potenzielle Unterschiede, lokale Besonderheiten und Ähnlichkeiten besser miteinander verglichen werden können.

Die fünf Kapitel zu den einzelnen Regionen bilden die Substanz der Dissertation, in denen das erschlossene Quellenmaterial vorgestellt, analysiert und aufgearbeitet wurde. Am Ende der Arbeit wurde ein weiterer Abschnitt der Nachgeschichte gewidmet, in der auf die Maßnahmen zur Rückführung der Deportierten, auf ihr weiteres Schicksal in Ungarn, auf die Frage der Todeszahlen und schlussendlich auf die Erinnerungskultur der Deportation eingegangen wird. Im Fazit werden die wichtigsten neuen Erkenntnisse zusammengefasst, ferner weise ich auf Lücken und mögliche neuen Richtungen der Forschung hin. Im Anhang werden in Tabellen die Angaben zu den Volkszählungsergebnissen der betroffenen Gemeinden, Bezirke und Komitate, bzw. der Anzahl der Deportierten vorgestellt, ferner eine Karte der betroffenen Regionen.

Thesen der Arbeit

Im Folgenden stelle ich die wichtigeren Ergebnisse meiner Dissertation punktweise in Form einer Aufzählung vor.

1) Die geographische Lage der Regionen und Gemeinden war ein wichtiger Faktor bei der Deportation. Anhand der Quellen ist nachzuweisen, dass die sowjetischen Befehlshaber zwar mit unterschiedlichen Methoden, jedoch in allen eroberten Gebieten nach Zivilisten deutscher Abstammung suchten. Konnten sie keine solche ausfindig machen, dann erweiterten sie die Aktion nicht auf andere ethnische Gruppen. Die Behauptung also, dass den sowjetischen Soldaten grundsätzlich egal war, zu welchen Ethnien die Deportierten angehörten,[2] trifft nicht zu.

2) Die Intensität der Kampfhandlungen beeinflusste den Deportationsvorgang nicht in allen Regionen gleich stark. Im Gegensatz zur Verschleppung der männlichen Bevölkerung war der Auslöser der Deportation der Zivilisten deutscher Abstammung nicht die strategische Sicherung eines Gebiets und auch keineswegs eine lokale Racheaktion. Die untersuchte Deportation wurde erst nach dem Abschluss der Kämpfe durchgeführt. Die einzige Ausnahme

[2] Vgl. dazu BOGNÁR, Zalán (Hg.): "Itt volt a végállomás". Halálos áldozatokkal járó német- és magyarellenes tevékenysgek a Kárpát-medencében. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2015, 32, 52.

war die Region um Budapest, in der die Deportation zeitlich parallel zur Belagerung der Hauptstadt erfolgte. Die deutsche Bevölkerung blieb am intensivsten umkämpften rechten Donauufer deswegen verschont, während der Deportationsbefehl am linken Ufer abrupt vollstreckt wurde. Die in der Planung vorgesehene Anzahl, die in der Region um Budapest nicht erreicht werden konnte, wurde in anderen Regionen ergänzt, was darauf schließen lässt, dass während der Deportation eine regionsübergreifende sowjetische Kooperation zwischen den sowjetischen Akteuren und Truppen gegeben war.

3) Die ethnische Struktur der Regionen, bzw. die ethnisch–politische Mobilisierung und damit zusammenhängende Konflikte der vorhergehenden Jahrzehnte spielten bei der Deportation eine sehr wesentliche Rolle. Die Regionen waren in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich. Während der Zwischenkriegszeit trug die deutsche Minderheit in Südtransdanubien tagtäglich erbitterte Konflikte wegen der Tätigkeit ihrer Organisationen mit den dortigen ungarischen Behörden aus, zur gleichen Zeit war eine deutsche politische Mobilisierung in vielen anderen Landesteilen gar nicht gegeben. Dieser Umstand wirkte sich deutlich auf die Verhältnisse in den Gemeinden aus. Nach der sowjetischen Besetzung, als der Deportationsbefehl verkündet wurde, war jedoch dieser Aspekt für die sowjetischen Akteure irrelevant, sie suchten nach Personen deutscher Abstammung. Die ungarischen Behörden setzten jedoch andere Akzente, als sie die Einheimischen in „Deutsche“ und „Ungarn“ unterteilten, und urteilten je nach Volkszählungsangaben zur Nationalität und Muttersprache, oder nach dem politischen Verhalten und der Mitgliedschaft in den deutschen Organisationen. Diese Dichotomie spielte während und nach der Deportation eine Schlüsselrolle.

Die Analyse zeigt, dass im Gebiet, das von der 2. Ukrainische Front erobert wurde, bei der Deportation die Herkunft entscheidend war. Die ungarischen Behörden versuchten zwar die sowjetischen Kommandanten davon zu überzeugen, statt der Abstammung ethnisch-politische Aspekte zu berücksichtigen, was jedoch missglückte. Die früheren ethnischen Konflikte spielten in diesen Regionen deswegen eine untergeordnete Rolle. Nachdem die Transporte Ungarn verlassen hatten, wurden die ungarischen Behörden zu Initiatoren aller weiteren Maßnahmen. Dabei hing es von den Volkszählungsangaben der Deportierten und ihrer Angehörigen, bzw. von ihrem früheren politischen Verhalten ab, ob sie sozial und finanziell unterstützt, bzw. als „Deutsche“ weiter diskriminiert wurden.

In dem von der 3. Ukrainischen Front besetzten Transdanubien war die Lage eine andere. Die Leitlinie der Auswahl aufgrund deutscher Abstammung wurde bereits während der Durchführung der Deportation nicht immer berücksichtigt. Die ungarischen Behörden wurden von den sowjetischen Akteuren damit beauftragt, die Abstammung der Einheimischen selber

festzustellen. Das taten sie unter Berücksichtigung der Volkszählungsergebnisse und der Mitgliedschaft im Volksbund und in der SS.

Es war jedoch zu beobachten, dass die ungarischen Behörden alle Einwohner der Gemeinden kollektiv zu „illoyalen“ und „deutschen“ Personen gerade dort erklärten, wo die politische Mobilisierung vor 1945 sehr ausgeprägt war. Besonders in der Schwäbischen Türkei konnten die ungarischen Behörden ihren eigenen Standpunkt bei der Auswahl der Deportierten zur Geltung bringen, so bedeutete die Übernahme aller diesbezüglichen Angelegenheiten ab Frühling 1945 durch sie keine scharfe Wende. Im Gegensatz zu anderen Regionen sind in Transdanubien kaum Beschwerden und Proteste bekannt, in denen die lokalen ungarischen Behörden um eine Korrektur baten. Das war in mehreren Ortschaften um Budapest und in Bács-Kiskun der Fall, wo die Proteste jedoch oft auf eine weitere Bestrafung der „Deutschen“ hinausliefen, als die daheimgebliebenen Volksbund-Mitglieder im Austausch für die „politisch zuverlässigen“ Deportierten angeboten wurden. Die Idee eines solchen Austausches beweist, dass die ungarischen Behörden eine Bestrafung des Teiles der Bevölkerung durch die Deportation beabsichtigten, die sie als „Deutsche“ betrachteten.

4) Im Spiegel der Quellen sind regional wesentliche Unterschiede bei der Interpretation der Kategorie der „deutschen Abstammung“ festzustellen. 1944/1945 war die deutsche Abstammung eine situative und dynamisch sich verändernde Kategorie, bei deren Interpretation alle Akteure ihren eigenen, aktuellen Interessen folgten.

Die sowjetischen Kommandanten suchten während der Durchführung stets nach deutschstämmigen Personen und führten in mehreren dokumentierten Fällen aus, dass diese Kategorie unabhängig von Muttersprache, Nationalität und politischem Verhalten der Menschen festzustellen sei. Eine Deportation auf der Basis der Rasse lässt darauf schließen, dass die Sowjets eine möglichst große Masse von Arbeitskräften deportieren wollten und dazu nach einem Merkmal suchten, das konstant und unveränderlich war.

Die ungarische Seite war gegen eine Deportation aufgrund der Abstammung. Unabhängig davon, welche Information sie über das Ziel der Aushebung hatten, musste jedoch für sie klar sein, dass die Auswahl der Menschen gravierende Nachteile für sie bedeuteten. So lässt sich anhand der Unterlagen in allen Regionen nachweisen, dass die ungarischen Behörden anstrebten, diese „Strafaktion“ auf Personen auszuweiten, die sie ihrer Meinung nach „verdienten“, während sie die Personen, die sie aus nationalen und politischen Gründen für zuverlässig hielten, zu verschonen versuchten. Für sie war die Loyalität zum Staat, und nicht die Abstammung relevant.

Dieses Ziel der ungarischen Seite blieb jedoch während der Deportationsaktion dem der Sowjets immer untergeordnet. Die damit verbundene Ohnmacht insbesondere in der Entscheidungsfindung der zur Auswahl anstehenden Deportieren ist sehr tief in der Erinnerungskultur der Deportation verankert, denn dieses Unrecht (dass auch Personen deportiert wurden, die eine Deportation nicht „verdienten", weil sie keine „Deutschen" waren) wurde traumatisiert – und keinesfalls die Deportierungsaktion selbst.

5) Die Ergebnisse der Forschung der Lokalebene belegt die Gesamtzahl von 31.923 deportierten Personen, die die sowjetischen Quellen als Anzahl der aus Ungarn deportierten deutschstämmigen Zivilisten angeben.

6) Die These, die in der bisherigen Forschung konstant vertreten wird, dass der ungarische Staat und seine Behörden alles für die schnellstmögliche Rückführung aller Zivil- und Kriegsgefangenen unternahm,[3] trifft nachweislich nicht zu.

Während der Deportation war der Spielraum der ungarischen Behörden, über die Auswahl der zu Deportierenden mitzubestimmen, begrenzt oder gar nicht gegeben. Nach deren Abschluss traf die ungarische Seite jedoch ganz allein Entscheidungen darüber, wie mit den Deportierten und deren Angehörigen umzugehen war. Im Frühling 1945 wurde prinzipiell eine zweite Entscheidung darüber getroffen, wer als „Deutscher" zu gelten hatte – diesmal wurde ihrer Abstammung keine Bedeutung mehr beigemessen. Der Teil der Deportierten, die als „Deutsche" abgestempelt und für national-politisch nicht zuverlässig gehalten wurde, blieb aus den Such- und Rettungsaktionen ausgeschlossen. Auch wenn die Ergebnisse dieser Suchaktionen durchaus fraglich waren, untersagten die ungarischen Behörden bewusst jegliche Aktionen zur Suche und Rettung von tausenden Menschen.

Das galt auch für die finanziellen und sozialen Hilfeleistungen, die die verschiedenen Verwaltungsebenen gänzlich in ihrem Zuständigkeitsbereich abwickelten. Der Umgang mit den deutschstämmigen Deportierten ist als Geste zu interpretieren und bildete nur ein Vorzeichen für die zeitlich anschließende Epoche, die für diese Menschen die absolute Entrechtung, Enteignung, Deklassierung und die Vertreibung aus dem Heimatland bedeuteten. Diese Ablehnung von Hilfeleistungen bildete der Anfang der jahrelangen Diskriminierung, die zeigte, dass es im neuen politischen und gesellschaftlichen System Ungarns keinen Platz mehr für eine ethnische Gruppe gab, die sich nicht als Ungarn identifizieren ließen.

[3] Vgl. dazu STARK, Tamás: „…Akkor aszt mondák kicsi robot". A magyar polgári lakosság elhurcolása a Szovjetunióba korabeli dokumentumok tükrében. MTA BTK TTI, Budapest, 2017, 39–42.

7) Meine Analyse zeigt, dass die Verantwortung aller drei beteiligten Akteure (der ungarischen Behörden, sowjetischen Kommandanten und militärischen Einheiten, schließlich die Betroffenen) thematisiert werden muss. Dazu ist die zumeist banalisierte Verantwortung der ungarischen Behörden neu zu überdenken.

Auf der persönlichen Ebene erfolgten zahlreiche individuelle Aktionen: Freunde, Verwandte und Bekannten versuchten Personen von der Deportation zu befreien. Sie intervenierten bei den ungarischen Behörden, bei sowjetischen Kommandanten, sie versuchten diese zu bestechen. Viele Deportierten oder ihre Angehörigen wurden von anderen Dorfbewohnern finanziell oder auf andere Weise unterstützt. Im Gegensatz dazu waren Denunziationen und Verrat ebenso typisch, sowie die Auslieferung anderer Personen statt der eigenen Familienmitglieder. Solche Fälle hinterließen tiefe Spuren und führten zu einem Bruch in den Dorfgemeinschaften. Ein kollektiver Widerstand blieb überall in Ungarn aus.

Die Verantwortung der sowjetischen Kommandanten und Soldaten, die an der Deportation beteiligt waren, steht außer Frage. Sie waren für alle Willküraktionen und Missbräuche ihrer bewaffneten Macht verantwortlich, die während der Durchführung vorgekommen waren. Als ihre Schuld kann auch betrachtet werden, dass sie die Deportierten über das Ziel und die zeitliche Dimension ihrer Aushebung nicht ausreichend unterrichteten. Problematischer ist, dass sie oft als verantwortlich für die ganze Deportation betrachtet werden. Hätten sie den Befehl verweigert, wäre die wahrscheinliche Folge ein Prozess vor dem Kriegsgericht gewesen, den sie selbstverständlich nicht riskieren wollten. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum sowjetische Akteure gegenüber den Angehörigen eines besiegten, feindlichen Volkes gnädig sein sollten. Fraglich ist dabei, inwieweit die Kommandanten der kämpfenden Truppen über das Ziel der Aushebung der deutschstämmigen Zivilisten überhaupt informiert waren.

Die Feststellung einer Verantwortung der beteiligten ungarischen Behörden ist ebenso problematisch. Es war regional sehr unterschiedlich, wie kooperativ sie sich während der Deportation verhielten. Das ungarische Verwaltungspersonal informierte die Deportierten jedoch genauso wenig über das Ziel ihrer Aushebung, wie auch die sowjetischen Akteure. Auch wenn sie dieses Ziel nicht genau kannten, ist anzunehmen, dass der organisierte Abtransport einer ethnischen Gruppe durch die Besatzungsmacht für die Betroffenen nichts Gutes bedeutete. Die Akten weisen darauf hin, dass es Regionen gab, wo der sowjetische Kommandant das Ziel der Deportation mitteilte – diese Information hatten die ungarischen Behörden jedoch den Betroffenen vorenthalten. Ebenso versäumte Innenminister Ferenc Erdei die Möglichkeit, das Verwaltungspersonal und die Bevölkerung über die Deportation zu

informieren, obwohl er davon spätestens am 2. Januar 1945 vom Vizegespan des Komitats Békés erfahren hatte.

Der Grad der Verantwortung der ungarischen Behörden hing von ihrem Handlungsspielraum während der Durchführung der Deportation ab. Das ungarische Verwaltungspersonal hatte nicht die Macht, den Deportationsbefehl einfach abzulehnen. Ein Freiraum hatten sie nur insofern, wie viele Personen sie als Deutschstämmige den sowjetischen Befehlshabern auslieferten, weil ihnen klar sein musste, dass eine Überprüfung ihrer Angaben kaum möglich war.

Ein anderer Aspekt, zur Beurteilung ihrer Tätigkeit ist, dass während der Anfangsperiode der sowjetischen Besetzung und der Deportation sie einem enormen Druck ausgesetzt waren. Binnen kurzer Zeit war dies der dritte „Systemwechsel". Chaos und Unsicherheit waren Alltag und die ungarischen Amtsträger mussten befürchten, selbst Opfer von Vergeltungsmaßnahmen oder politischer Abrechnung zu werden. Ihre einzige Möglichkeit dies zu überleben war die Anpassung. So führten sie die Befehle der neuen Machthaber rücksichtslos und ohne zu zögern aus. Ihrer Anpassung fiel während der Deportation jedoch die deutsche Bevölkerung zu Opfer. Dieses „Opfer" war zugleich ein Nachweis für die Loyalität der ungarischen Behörden zum neuen Regime, wovon sie die Konsolidierung ihrer Position und den Erhalt der Gemeinschaft „ihres Volkes" erhofften.

Während der Deportation erfüllten die ungarischen Behörden tatsächlich nur Befehle, die sie kaum verweigern konnten. In mehreren Fällen wurde dokumentiert, dass sie selber misshandelt oder bedroht wurden. In anderen Fällen jedoch (besonders in der Schwäbischen Türkei) übererfüllten sie sogar die sowjetischen Anweisungen, indem sie Personen aushoben, die wegen ihres Alters oder gesundheitlichen Zustands nicht als arbeitsfähig galten. Diese wurden entweder von den Sowjets freigelassen, oder wurden zu ersten Todesopfern. Im Hintergrund solcher Fälle standen die ethnisch-politischen Konflikte der vorhergehenden Jahre, die alle Maßnahmen legitimierten, mit denen Ungarn sich von seinem „deutschen" Problem zu erlösen suchte – und eine erste solche war die Deportation durch die Rote Armee. Trotz aller Bedrohung und Misshandlung der ungarischen Behörden durch die sowjetischen Soldaten ist die Tatsache nämlich nicht zu ignorieren, dass ohne bereitwillige Hilfe seitens der ungarischen Behörden und ohne lokale Kenntnisse die kämpfenden Truppen der Roten Armee binnen anderthalb Monaten keineswegs mehr als 30.000 Personen finden, als deutschstämmig identifizieren, ausheben und abtransportieren hätten können.

In Anbetracht obiger Ausführungen können die ungarischen Behörden also keineswegs gänzlich von der Verantwortung für die Deportation frei gesprochen werden. Die Tatsache,

dass sie in den Teilen Ungarns, wo eine größere und politisch aktive deutsche Minderheit lebte, die langfristige Entfernung dieser aus dem Land mittels der Deportation durch die Rote Armee anstrebten, oder auf jeden Fall ohne Widerstand hinnahmen, deutet darauf hin, dass der Wunsch nach einer ethnischer Homogenisierung bereits damals vorhanden war, als die Möglichkeit zur Vertreibung/Aussiedlung von den Siegermächten in Potsdam noch nicht bewilligt worden war.[4] Die Deportationsaktion durch die Sowjets war eine erste Möglichkeit zur Realisierung dieses Zieles, wobei es jedoch ein Problem bedeutete, dass die sowjetischen Akteure den Befehl aufgrund deutscher Abstammung durchführen wollten, während für die ungarischen Behörden eher die Selbstdefinition, die deutsche ethnische Identität und das politische Verhalten in der Vorzeit die relevanten Kategorien darstellten.

Die Tatsache, dass es eine Kontinuität in der Durchführung der Deportation in die Sowjetunion 1944/1945 mit der Nationalitätenpolitik der Zwischenkriegszeit festzustellen ist, wird bis heute nicht in die ungarische Forschung und Erinnerungskultur der Deportation integriert bzw. wahrgenommen.

[4] Siehe dazu TÓTH, Ágnes: Telepítések Magyarországon 1945-1948 között: A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. Bács-Kiskun Megyei Levéltár, Kecskemét, 1993, 5–6, 15, 28.; SEEWANN, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Vom 1860 bis 2006. Band 2. Herder Institut, Marburg, 2012, 338, 342–343